

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 14 M., im voraus zahlbar. Für Vorkosten nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Schreibband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Dänzig, das Baltikum, Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 25 M. Verabreiter, Expeditor und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 2-4.

Die achtseitigen Anzeigenblätter über deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Erwerbungsbeitrag. Kleiner Anzeigen: Das jetzige Blatt 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M. einschließlich Erwerbungsbeitrag. Anstehende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3.20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Monats-Anzeigen: das jetzige Blatt 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Weg zur Einheit des Proletariats

Parteigenossen!

Von der Einigung des zersplitterten Proletariats wird gegenwärtig viel gesprochen. Kein Zweifel, niemals war es zeitgemäßer und notwendiger, davon zu sprechen, als gerade jetzt. Nie zuvor war der Kapitalismus in größerer Bedrängnis als zur Zeit der Weltkrise, in die der Krieg ihn gestürzt hat. Nie kämpfte er verzweifelter um seine Existenz als gegenwärtig.

Das Proletariat ist naturgemäß der unversöhnliche Feind des Kapitalismus. Und wie es auch im Kriege und nach ihm gelitten hat und noch leidet, eins hat es trotz alledem gewonnen:

Das Bewußtsein seiner Kraft.

Seine Kämpfe seit 1918 zeugen dafür; sie zeugen aber noch nicht dafür, daß das Kraftbewußtsein auch ergänzt wurde durch die Einsicht in die Bedingungen siegreicher Kämpfe wider das immer noch mächtvolle Kapital. Mit dem sicheren Instinkt der herrschenden Klasse haben die Kapitalisten diesen Mangel erkannt. Alles, was ihnen an Kraft und Macht geblieben ist, sehen sie jetzt ein, um die Macht des Proletariats — wenn möglich — völlig zu zerschmettern.

Die wichtigste Vorbedingung für den erfolgreichen Widerstand der Arbeiterklasse gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter ist:

der Zusammenschluß des Proletariats zum revolutionären Kampf für den Sozialismus. Jede Zersplitterung, wie jedes Abirren von diesem Wege zum endgültigen Siege bedeutet Schwächung.

Seit langem fühlen das viele Arbeiter. Andere sind durch allerhand trübe Erscheinungen in den politischen Kämpfen der jüngsten Zeit der Teilnahmslosigkeit verfallen. Es gibt jedoch Ereignisse in Deutschland und im Ausland, die das gesamte Proletariat aufrütteln und die alle Arbeiter in eine geschlossene Kampflinie führen müßten.

Blickt hinüber nach England!

Dreizehn Wochen haben die englischen Arbeiter zähe und heiß gegen Lohnkürzungen gekämpft, ohne sie völlig abwehren zu können. Der Lohnabbau in England beginnt!

Einmal begonnen, wird er nicht auf den Kohlenbergbau beschränkt bleiben. Schon hat er auch auf die Maschinenbau-Industrie mit einer Million Arbeiter übergreifen. Im übrigen zeugen Millionen Erwerbslose für die gegenwärtige Lage der englischen Arbeiterklasse.

Wie in England, so ähnlich in den Vereinigten Staaten. Die amerikanische Arbeiterbewegung wird in ihrer Entwicklung noch durch die wirtschaftlichen Bedingungen eines kulturellen Neulandes gehemmt. Jetzt aber ist auch in Amerika die Zahl der Arbeitslosen ins Riesenhafte gewachsen. Das amerikanische Kapital dagegen ging riesenhaft gestärkt aus dem Kriege hervor. Vertrübt und gegen die Arbeiter gerüstet, war es schon früher wie nirgends sonst auf der Erde.

Auch in Amerika haben die Besitzer der Produktionsmittel mit dem Lohnabbau beginnen können. Obendrein noch ohne größere Wirtschaftskämpfe. Ein deutsches Stinnesblatt konstatiert, daß einige große Eisenbahngesellschaften nun wieder „ihren großen Reingewinn der früheren Zeiten“ erreicht haben.

Aber nicht nur im Ausland konnte mit dem **Abbau der Löhne begonnen** werden. Es sind auch in Deutschland seit geraumer Zeit

Kräfte am Werk, um den Abbau der Löhne zu erzwingen. So fordert die „Kreuzzeitung“, das Organ der Großagrarien, in demselben Augenblick, in dem die Brotwucherer neue Milliardengewinne in Sicherheit gebracht haben,

Herabsetzung der Arbeiterlöhne (Reallöhne) unter gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit, sowie härtere Steuerbelastung der Arbeiter.

Freilich glaubt die „Kreuzzeitung“ nicht, daß die Arbeiter sich die Durchführung dieser Forderungen widerstandslos gefallen lassen werden, deshalb ergänzt sie ihre arbeiterfeindliche Forderung durch folgende Brutalität:

„Sollte es dennoch zu Ausständen kommen, dann muß die Regierung mit unbegrenztem Willen und harter Hand dafür sorgen, daß die Ausstände ergebnislos zusammenbrechen.“

Alle kapitalistischen Blusmacher sind sich einig in der Forderung des Lohnabbaues wie der Verlängerung der Arbeitszeit.

Genossinnen und Genossen! Was bedeutet das alles? Ein ungeheures Zunehmen der Verelendung der Arbeiterklasse. Sie wird um so größer werden, je schwächer die Arbeiterschaft ist. Dazu

Drohen der Arbeiterklasse weitere Steuerlasten.

Ein starkes Bündel neuer Steuern hat die Koalitionsregierung des Herrn Wirth angekündigt. Wem werden sie aufgedrückt werden? Steuerfragen sind Fragen der politischen Macht. Die Kapitalistengruppen aller Art sind in Deutschland zur Zeit noch die politisch Mächtigeren. Deshalb haben die Kriegsgewinnler sich der Besteuerung ihrer Kriegsgewinne so erfolgreich entziehen können.

Die Kriegsgewinnler von gestern werden die Reparationsgewinnler von morgen sein. Sie werden ferner jede Steuer auf ihre Gewinne und Vermögen sabotieren. So sehr sie gegen die Unterzeichnung des Ultimatus der Entente waren, so eifrig zeigen sie sich jetzt, die Profite einzubeimsen, die aus der Erfüllung der Reparationsforderungen sich ziehen lassen.

Kann es unter solchen Umständen etwas anderes geben als den

schärfsten Kampf um die Verteilung der Steuern!

Der Kampf hat schon begonnen. In diesem Kampfe werden die Bestehenden einig sein.

Was folgt daraus für Euch, Ihr Proletarier und Proletarierinnen?

Daß Ihr Euch zum vereinten Schlagen die Hände reihen müßt!

Was die Einigkeit vermag, bewies die Niederkämpfung der Kappisten. Damals hat sich Wert und Bedeutung des geschlossenen Auftretens der Parteien und Gewerkschaften erwiesen. Bis jetzt ist es auch gelungen, wenigstens die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu wahren. Indes haben die inneren Kämpfe in Parteien und Gewerkschaften die Stoßkraft der Arbeiter gegen die Kapitalisten gehemmt. Daraus schöpfen die Gegner neue Zuversicht für kommende Kämpfe. Ihre Angriffslust und Angriffskraft wächst.

Zu alledem wird die Arbeitslosigkeit auch in Deutschland größer und größer. Den Arbeiterentlassungen großer Werften in Bremen und Hamburg werden weitere folgen. Nur zu leicht ist es möglich, die furchtbare Not der Arbeitslosen zum Kampf der Arbeiter gegeneinander auszunutzen.

Ihr fühlt es, Ihr Arbeiter, Euch droht Untergang und Verderben, wenn Ihr nicht den Weg zu einander findet, wenn Ihr nicht

zur Einigung im Klassenkampf

kommt.

Diese Entwicklung geht vorwärts. Die Klassegegensätze verschärfen sich; die Einsicht, daß nur konsequente Klassenkampfakt, nur prinzipielle, sozialistische Politik zum Sieg führen kann, wächst in allen Schichten der Arbeiterklasse.

Sie wächst, weil die Reaktion immer wider ihr Haupt erhebt.

Sie wächst, weil die Klassenjustiz — denkt an die Ausnahmegerichte! — im Interesse der herrschenden Klassen immer rücksichtsloser gegen die Arbeiterschaft wütet.

Sie wächst, weil der Widerstand aller bürgerlichen Parteien gegen die Forderungen der Arbeiter Klarheit schafft.

Sein Klassengegner ist es, der so das Proletariat immer mehr über die Verderblichkeit eines trügerischen Reformismus und Putschismus aufklärt und es zur Vereinigung auf dem Boden grundsätzlicher sozialistischer Politik drängt.

Zunächst aber kann unnütze Zersplitterung und Kraftvergeudung vermieden werden. Das wird dort am leichtesten zu erreichen sein, wo der sozialistischen Arbeit bestimmte Ziele gesetzt sind, deren Erreichung von allen Arbeiterparteien angestrebt wird.

Die Arbeit in den Gemeinden und Landesparlamenten, denen durch die Reichsgesetzgebung enge Schranken gesetzt sind, kann oft in Gemeinsamkeit erfolgen. Sie erleichtert die Behauptung eroberter Machtpositionen, die Durchführung gemeinsamer Forderungen, die Abwehr gegnerischer Vorstöße.

In der Reichspolitik

haben die sozialistischen Parteien hin und wieder in sozialen Fragen gemeinsam Forderungen gestellt und vertreten. Die wichtigen, die Lebensinteressen der Arbeiter berührenden Fragen der Steuer- und Wirtschaftspolitik können den Anlaß geben zu neuen gemeinsamen Aktionen. Auf diese Weise kann das einheitliche Klasseninteresse der Arbeiter, Angestellten und Beamten gewahrt werden.

Pflicht unserer Parteigenossen

Ist es, unsere Grundzüge nach wie vor mit voller Hingabe zu propagieren, für die Erkenntnis der Notwendigkeit grundsätzlich sozialistischer Politik in den Massen unablässig zu wirken in der bestimmten Erwartung, daß wie bisher unsere Prinzipien durch den Gang der Entwicklung ihre Bestätigung und ihre Anerkennung in den proletarischen Massen finden werden.

Denn unsere historische Aufgabe als Partei bleibt bestehen vor den Verlockungen kommunistischer Illusionen, wie vor den Abwegen des Reformismus die sozialistische Arbeiterbewegung zu bewahren.

So gewiß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein wird, so gewiß wird das nur in unverfälschtem proletarischem Klassenkampf geschehen.

Diese Erkenntnis ist es, die uns von den Rechtssozialisten scheidet.

Die Einsicht aber, daß Klassenkampf nicht gleichbedeutend ist und sein kann mit der putschistischen und terroristischen Taktik der Kommunisten, sieh auch zwischen uns und ihnen die trennende Kluft entstehen.

Das Klassenbewußtsein des Proletariats mit der richtigen Einsicht in die Bedingungen des erfolgreichen Klassenkampfes zu verbinden, das ist Ziel und Streben der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Die Einigkeit des Proletariats läßt sich nicht erkügelnd oder diktiert.

Die Einigkeit des Proletariats wird erzwungen in großen proletarischen Klassenkämpfen.

Berlin, den 8. Juli 1921

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Wiedergutmachung und die deutsche Politik

1. Die internationale Situation der Arbeiterbewegung

R. H. Die Erfüllung der Wiedergutmachungsforderungen stellt die größte Aufgabe dar, die je der Finanz- und Wirtschaftspolitik gestellt war. Gigantisch wie der Krieg ist auch das Problem seiner Liquidierung, das mit der Annahme des Ultimatums beginnt. Von der Lösung der Aufgabe hängt nicht nur die Aufrechterhaltung des Friedenszustandes ab, sondern sie bedeutet zugleich die Entscheidung über die künftige Lebenshaltung der Arbeiterklasse und ihre Stellung in der Wirtschaft überhaupt. Die Entscheidung wird abhängen von der Macht, die die einzelnen großen Klassen der Gesellschaft in den kommenden Kämpfen aufzubieten können.

Für die Arbeiterklasse gilt auch diesmal das alte Wort: Wissen ist Macht! Im doppelten Sinn: Sie muß ihre eigene Kraft richtig erkennen. Sie darf nicht Illusionen und Trugbildern nachjagen; sie darf sich ebensowenig durch die ökonomische Krise, durch die lang andauernde zermürbende Arbeitslosigkeit, durch Enttäuschung über nicht erfüllte, hochgespannte Erwartungen entmutigen lassen. Sie muß zweitens die ökonomischen Probleme, um die es sich handelt, klar erkennen, darf sich nicht durch allzu vereinfachende Schlagworte bestimmen lassen und sich nicht selbst von der intensiven Mitarbeit an allen Entscheidungen ausschalten. Wir gehen in Deutschland einer Periode verschärfter Kämpfe entgegen, die an die Energie und Kampfesfreudigkeit, aber auch an die Einsicht und die nüchterne Abwägung der Kräfte und Tatsachen die höchsten Anforderungen stellen. Vom Ausgang dieser Kämpfe wird vielleicht das Gesicht der deutschen Arbeiterklasse politisch und ökonomisch auf lange Zeit hinaus bestimmt sein.

Wollen wir die Situation richtig und gründlich beurteilen, dann müssen wir sie im Zusammenhang mit der gesamten internationalen Lage der Arbeiterklasse und des Sozialismus beurteilen. Der Krieg hat als eines seiner weltgeschichtlichen Resultate bewirkt, daß die Führung in der geschichtlichen Entwicklung auf die entwickelten und entwicklungsfähigsten Mächte des Kapitalismus, auf die Vereinigten Staaten und das britische Imperium übergegangen ist. Die letzten zwei Jahre haben erwiesen — kein Urteilsfähiger kann es mehr leugnen — daß dort das kapitalistische System im wesentlichen unerschüttert ist, trotz der gewaltigen Wirtschaftskrise, die in beiden Reichen rast.

Die Krise kam nicht unerwartet. Nach einer kurzen Prosperität, dadurch bedingt, daß die dringendsten Bedürfnisse, die durch die Verwüstungen des Krieges geschaffen waren, befriedigt werden mußten, mußte sich jene gewaltige Störung, die der Krieg für alle Produktions- und Abnahmeverhältnisse bedeutete, in einer gewaltigen Krise entladen. Die Krise ist schwerer als alle vorhergehenden. Ihr liegen in der Hauptsache folgende Ursachen zugrunde:

Der Krieg hat eine gewaltige Verschiebung in der Kaufkraft der einzelnen nationalen Wirtschaftsgebiete zur Folge gehabt. Die kriegsführenden Staaten sind in ihrer Produktions- und in ihrer Konsumkraft außerordentlich geschwächt, die neutralen Staaten, aber auch die Vereinigten Staaten und Japan, außerordentlich gestärkt. Am schlimmsten hat Osteuropa gelitten. Das ehemalige einheitsreiche österrösch-ungarische Wirtschaftsgebiet ist völlig zerrissen, das russische fast völlig ausgeschaltet. Allerdings darf man die weltwirtschaftliche Bedeutung selbst eines Riesengebietes wie Rußland nicht überschätzen. Rußlands Ausfuhr betrug in den letzten Friedensjahren über 3 Milliarden, die Einfuhr 2½ Milliarden. Das bedeutet nur etwa den fünften Teil des englischen, den vierten Teil des deutschen Außenhandels. Diese Verschiebung in der Kaufkraft bedeutet aber für alle entwickelten Industrien, daß sie neue Abnahmewege aussuchen, ihre Produktion auf neue Bedürfnisse umstellen müssen. Diese Umstellung begegnet zum Teil großen Schwierigkeiten. Spaniens Aufnahmefähigkeit ist während des Krieges stark anstieg. Es konnte Produkte seiner Landwirtschaft und seiner Bergwerke zu den höchsten Preisen absetzen. Die Preise sind gefallen, die Abnahmefähigkeit der Produkte ist verringert und damit auch die Aufnahmefähigkeit des spanischen Marktes. So vollzieht sich die Anpassung an die neuen Märkte nur in der Form einer schweren Krise.

Eine zweite Ursache der Störung der Verhältnismäßigkeit bilden die Veränderungen innerhalb der Industrien der einzelnen Länder. In den nicht kriegsführenden Agrarländern wurde der Prozeß der Industrialisierung stark beschleunigt, in den kriegsführenden Ländern wurden die eigentlichen Kriegsindustrien auf Kosten aller anderen erweitert. Das bedeutete vor allem eine Stärkung der Eisenindustrie. Der Friedenszustand erfordert eine Umstellung und Anpassung an die neuen Bedürfnisse, die bei der Anarchie der kapitalistischen Produktion wieder nur krisenhaft verlaufen kann. Am stärksten war die Erweiterung der Produktion in den Vereinigten Staaten. Der Wert der Produktion hat sich von 24 Milliarden Dollar im Jahre 1914 auf 62½ Milliarden im Jahre 1919 gehoben. Selbst wenn man das Steigen aller Preise berücksichtigt, erweist sich aus diesen Zahlen das bedeutende Anwachsen des Produktionsapparates.

Dazu kommt als dritte Ursache die Unsicherheit, die in den Weltmarkt durch die völlige Zerrüttung des Geldwesens getragen worden ist. Die Länder mit einer ständig sinkenden Valuta sind beim Export begünstigt, haben aber die größten Schwierigkeiten, die notwendige Einfuhr zu bezahlen. Umgekehrt sind die Länder mit hochwertiger oder steigender Valuta in größter Schwierigkeit, ihre Waren abzusetzen. Das Schwanken des Geldwertes verursacht so fortwährende Veränderungen in der Abnahmefähigkeit der Waren. Dies bewirkt wiederum eine Krise, die ihre eigenen Gesetze befolgt und einen kurzen und jähen Wechsel zwischen Prosperität und Depression erzeugt.

Die Weltkrise ist in den Vereinigten Staaten und in England, wenn wir von den russischen Verhältnissen absehen, am heftigsten und sie hat zu einem außerordentlichen Preissturz, zu einer sehr starken Einschränkung der Produktion, zu einem Abbau der Löhne und zu großer Arbeitslosigkeit geführt. Seht man die Großhandelspreise der wichtigsten Waren im Januar 1920 gleich Hundert, so sind sie in den Vereinigten Staaten nach den Berechnungen der "Frankfurter Zeitung" bis zum 1. Mai 1921 auf 54, in England auf 66 gefallen (in Deutschland sind sie infolge der fortschreitenden Entwertung der Mark auf 131,8 gestiegen, nachdem sie am 1. Dezember mit 153 ihren Höhepunkt erreicht hatten; seit Mai sind sie infolge des Sinkens der Mark wieder gestiegen). Gleichzeitig ist den Vereinigten Staaten die Produktion sehr eingeschränkt worden. Die Eisenerzeugung arbeitet mit 25 bis 30 Prozent ihrer Produktionsfähigkeit. Stark gedrosselt ist auch die Textilindustrie. In England hat der Kohlenarbeiterstreik noch stärkere Wirkungen ausgelöst. Die Arbeitslosigkeit erreichte ungeheuren Umfang.

Über 2 Millionen Arbeitslose und 1,2 Millionen Kurzarbeiter wurden zuletzt gezählt. Die großen Industrien lagen zum Teil still. Die Kohlenproduktion ging von 642 000 Tonnen im Januar auf 14 000 im Mai herunter. Die englische Ausfuhr ging rapide zurück, während die Kohleneinfuhr sehr zunahm und so die englische Zahlungsbilanz außerordentlich verschlechterte. Die Streikbewegung war ausgelöst durch das Streben des Kapitals nach Lohnabbau, der auch in Amerika allgemein durchgeführt wird; er ist eine unmittelbare Folge der niedrigen Löhne in den valutaschwachen Ländern, besonders in Deutschland.

Der große Umfang und die lange Dauer der Krise ist bedingt durch die besonderen Verhältnisse, durch die sie entstanden ist. Die kapitalistische Wirtschaftsgeschichte zeigt im allgemeinen einen spiralförmigen Anstieg der Produktion. Jede Prosperitätsepoche zeigt gegenüber der früheren eine Erweiterung des Produktionsapparates. Aus der Krise geht eine kapitalistische Produktion auf erweiterter Stufe hervor. Dies erleichtert die Wiederherstellung der Proportionalität, der Verhältnismäßigkeit der Produktionszweige. Die außerordentliche Gewalt des Krieges hat nicht nur diese Proportionalität in ungleich höherem Maße gestört, sondern auch die Produktions- und Konsumkraft eines großen Teils Europas für längere Zeit geschwächt. Die Produktion wird aller Wahrscheinlichkeit nach zunächst nicht auf einer erweiterten, sondern auf einer verengten Stufenleiter vor sich gehen und diese erschwert außerordentlich die Wiederherstellung der Proportionalität.

Aber so schwer die Krise, sie bedeutet deshalb noch nicht den Zerfall oder den Zusammenbruch des Kapitalismus. Es ist überhaupt eine ganz irrtümliche Vorstellung, daß der Zusammenbruch eines Wirtschaftssystems rein automatisch aus bloßen materiellen Ursachen erfolgen könnte, wie der Einsturz eines haufälligen Hauses. Der Kapitalismus zerfällt nicht von selbst, er kann nur durch die bewußte Aktion der Arbeiterklasse, mit deren Bedürfnissen er in Widerspruch gerät, überwunden werden. Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeiterklasse mit sozialistischem Geist erfüllt und stark genug ist, ihren Willen durchzusetzen. Kein Zweifel, daß eine ökonomische Krise einen starken Antrieb für die Verbreitung dieses Bewußtseins und die Stärkung des Willens sein kann. Kein Zweifel aber auch, daß eine lange Dauer der Krise, daß jahrelanges Elend und zermürbende Arbeitslosigkeit die Angriffskraft des Proletariats auch schwächen kann. Und für den größten Teil des europäischen Proletariats hat sich das Elend der Krise an das Elend des Krieges geschlossen. . . .

Jedenfalls muß konstatiert werden, daß in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien die Krise bisher das kapitalistische System unerschüttert gelassen hat. Die sozialistische Partei ist in Amerika außerordentlich schwach und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bleiben unter der Führung von Comperers der Gewerkschafts-Internationale fern, weil diese ihr zu radikal erscheint. In England ist der Bergarbeiterstreik, trotzdem er so starke Rückwirkungen auf die gesamte Arbeiterschaft ausgeübt hat, ohne starke, politische und soziale Erschütterungen beendet worden. Gewiß hat die englische Arbeiterschaft, die vor dem Kriege zum größeren Teil im Gefolge der bürgerlichen Parteien marschiert ist, eine starke Radikalisierung erfahren und der Sozialismus macht rasche Fortschritte. Aber sie steht der entwickelten und mächtigen Bourgeoisie der Welt gegenüber und es wäre Torheit sich zu verhehlen, daß es noch langer zäher Kämpfe bis zu ihrem Siege bedarf.

Die Aufrechterhaltung des Kapitalismus in den beiden großen Siegerstaaten ist aber eine Tatsache von weittragender Bedeutung. Denn sie bedeutet unzweifelhaft eine Stärkung des Kapitalismus auch in allen anderen Staaten und eine Erschwerung des sozialistischen Vormarsches. Das Gesicht des Proletariats ist eben international, weltwirtschaftlich bestimmt und der Sieg des Sozialismus in einem einzelnen Lande um so schwieriger, je stärker die Position des Kapitalismus in anderen weltwirtschaftlich entscheidenden Gebieten ist.

Ungünstiger noch ist die Rückwirkung auf die sozialistische Lage vom Osten her. In Rußland ist eingetreten, was wir immer gesagt haben: Kein Land kann sich den ehernen Gesetzen der marxistischen Geschichtstheorie entziehen und Lenin selbst ist gezwungen, am Wiederaufbau des Kapitalismus zu arbeiten. Diese Bestätigung der materialistischen Geschichtsauffassung ist keine Enttäuschung für den, der die Ereignisse ökonomisch zu betrachten gelernt hat, wohl aber für die breiten Massen, die, begeistert von dem politischen Erfolg der bolschewistischen Diktatur, mit revolutionärem Enthusiasmus an das Unmögliche glaubten und den Sozialismus in Rußland für vollendet hielten. Sie sind jetzt zum Teil entmutigt, ihre Angriffskraft geschwächt, während die herrschenden Klassen neue Zuversicht schöpfen.

All diese Tatsachen, die wir nur in ihren allgemeinsten Umrissen zeichnen konnten, führen mit Notwendigkeit zu dem Schlusse, daß wir uns jetzt in einem Wesentlichen der revolutionären Entwicklung, in einer konterrevolutionären Phase befinden. Wenn nach Danton das Gesetz revolutionären Handelns lautet: Kühnheit, Kühnheit und noch einmal Kühnheit, so stellt eine solche Situation umgekehrt an die Arbeiterklasse die Forderung kritischer Beurteilung der Tatsachen und nüchterner Einschätzung der wirklichen Machtverhältnisse. Das deutsche Proletariat leidet furchtbar unter der Krise. Seine Lebenshaltung hat sich seit 1914 bedeutend verschlechtert. Politisch ist seine Stellung zunächst verbessert. Der Sturz der Monarchie, die Beseitigung des stehenden Heeres, die Gleichheit des Wahlrechts in Staat, Provinzen und Kommunen, der Achtstundentag, die stärkere Stellung der Gewerkschaften, das gehobene Selbstbewußtsein der Massen sind wichtige Fortschritte. So wenig wir, die wir die sozialistische Demokratie wollen, das Unzureichende der bloß politischen Demokratie verkennen, so bedeutet sie doch den besten Kampfplatz für die Arbeiterklasse, einen Kampfplatz, der gegen die Angriffe der Reaktion mit aller Kraft und aller Leidenschaft verteidigt werden muß, der aber auch ausgenutzt werden muß, um neue Machtpositionen zu erringen und die soziale Lage der Arbeiterklasse zu verbessern. Der Kampf, der um die Wiedergutmachungsforderungen geführt werden wird, ist aber ein Kampf, der zugleich um die Behauptung dieses Bodens des Demokratie und der Republik, wie um die Gestaltung der sozialen Lage der Arbeiterklasse geht. Denn dieselben Parteien, die die Lasten auf die arbeitenden Massen wälzen wollen, sind zugleich diejenigen, die in der Wiederherstellung der Monarchie und des Militarismus die geeigneten politischen Mittel zur Wiederherstellung der Arbeiterklasse sehen. Ihr Sieg aber würde die Wiederaufstellung des großen internationalen Konflikts bedeuten, der durch die Annahme des Ultimatums vermieden worden ist. So ist der Ausgang dieser Kämpfe zugleich eine Schicksalsfrage und die Kraft des deutschen Proletariats muß eingesetzt werden, um eine neue Katastrophe zu verhindern, die die sozialistische Entwicklung auf Jahrzehnte zurückwerfen würde.

Der Klub der Harmlosen Der Reichskanzler in Breslau

Der Reichskanzler hielt gestern in Breslau mehrere Besprechungen mit Vertretern der schlesischen Behörden und der Parteien ab. Die Beratungen waren nicht öffentlich. Es wird lediglich mitgeteilt, daß der Reichskanzler erklärt habe, Oberschlesien könne für Deutschland nur gerettet werden, wenn keine Verzweiflungspolitik getrieben werde und einzelne Gruppen keine Torheiten machten. Die ober-schlesische Frage sei eine europäische. Die deutsche Regierung habe alles getan, um für Oberschlesien eine gerechte Beurteilung zu erkämpfen. Die einmal begonnene demokratische republikanische Politik müsse fortgesetzt werden. Die Einheit der staatlichen Macht, die Einheit der deutschen Wirtschaft gelte es zu retten. Das Recht sei auf unserer Seite und Deutschland werde, so hofft der Reichskanzler, zu seinem Rechte kommen. Der Führer der Deutschnationalen, Landrat Gohler, gab die Erklärung ab, daß seine Partei jeden Gedanken an einen Umsturz mit gewaltsamen Mitteln ablehne, und daß alle Gerüchte, die die Deutschnationalen mit derartigen Völkern in Verbindung brächten, erfunden seien. Der Reichskanzler erwiderte, daß diese Erklärung sehr beruhigend wirken würde. Die Vertreter der Rechtssozialisten machten sofort darauf aufmerksam, daß die schlesische Organisation der Orgesch trotz der Bortzung des Reichskanzlers immer noch weiter arbeite. Es seien in Schlesien ja keine ernstlichen Erschütterungen der Republik zu befürchten, aber man dürfe politischen Abenteurern jetzt nicht Gelegenheit zu Torheiten geben, die der deutschen Außenpolitik schweren Schaden zufügen könnten.

Die Deutschnationalen denken selbstverständlich heute ebensowenig an einen Umsturz wie in den Märztagen 1920. Sie sollten aus ihrer Partei schleunigst einen Klub der Harmlosen machen, mit den Herren Rapp, Lüthwig, Ehrhardt und Konsorten als Ehrenvorsitzenden. Die Arbeiterschaft wird sich freilich durch die Wiederannahme, die sich die Deutschnationalen jetzt vorziehen, nicht ebenso leicht beruhigen lassen, wie der Herr Reichskanzler. Sie weiß, daß die dunklen Pläne, mit denen die Freikorpsführer in Schlesien jetzt schwanger gehen, nichts anderes zum Zweck haben, als die Förderung der deutschnationalen Politik.

Es wird mitgeteilt, daß die Interalliierte Kontrollkommission die reiflose Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzorganisationen des Generals Hofer verlangt. Sie gehören nach ihrer Auffassung zu derselben Gattung von Formationen, die bis zum 30. Juni aufgelöst sein sollten. Die Kommission will selbst die Kontrolle darüber übernehmen, daß die Entwaffnung und Auflösung ordnungsgemäß vor sich geht.

Es ist selbstverständlich, daß der Forderung der Interalliierten Kommission schleunigst Rechnung getragen wird. Bisher ist den vorkämpferischen Freikorps ein viel zu weites Spielraum gelassen worden, und es ist nur bedauerlich, daß die Regierung erst von außen her zu Maßnahmen gedrängt wird, die sie schon längst hätte durchführen müssen.

Eine Rede des Kanzlers

Freitagabend sprach der Reichskanzler Dr. Brüning in einer Volksversammlung in der Jahrhunderthalle in Breslau. Er wies darauf hin, daß beim Empfang von Vertretern der rechten Seite betont worden sei, jedes Mißtrauen und jeder Verdacht, man wolle den Selbstschutz zum Sturz des demokratischen Volksstaates mißbrauchen, sei unbegründet. Der Reichskanzler sprach dann über die Sanktionen; er sei überzeugt, daß diese Wunde am Rhein sich bald schließen müsse. Eine noch schmerzlichere Wunde aber sei Oberschlesien, das nach dem Recht der freien Selbstbestimmung angelehnt bei Deutschland bleiben muß. Er sprach von der Nechtung der Deutschen in Oberschlesien, die Unfähigkeit der Polen, deutsches Gebiet zu verwalten. Wärmsten Dank sprach er denen aus, die im Selbstschutz die ober-schlesische Heimat verteidigt haben. Die V. R. ist der Treuhänder Oberschlesiens und die Geschichte wird einst fragen, ob sie diese Pflicht erfüllt habe. Wir rufen den Alliierten zu: Gerechtigkeit auch für ein besiegtes Volk!

Die Vorgänge in Beuthen

Beuthen, 8. Juli. M. L. S. meldet: Die aus Anlaß der Vorgänge in der neuen Kasernen, in deren Verlauf der französische Offizier Montalegre zu Tode gekommen ist, seit einigen Tagen in Haft gehaltenen Gefangen sind gestern Abend bzw. heute Vormittag von den Engländern aus der Haft entlassen worden bis auf den Ersten Bürgermeister Dr. Stephen, dem mitgeteilt wurde, daß er aus dem Abstimmungsgebiet ausgewiesen werde. Es ist bezeichnend, daß man von den Gefangen vor der Entlassung die Unterzeichnung einer Erklärung verlangt hat, daß sie während der Haft human behandelt worden seien. Ein Teil der Gefangen hat die Unterzeichnung dieser Erklärung grundsätzlich abgelehnt. Der Magistrat der Stadt Beuthen hat auf die Ergreifung des Täters, der am 4. Juli den französischen Bataillonskommandeur Major Montalegre erschoss oder auf die Beibringung von Angaben, die geeignet sind, eine reiflose Aufklärung des bedauerlichen Vorfalls herbeizuführen, eine Belohnung von 15 000 M. ausgesetzt.

Wiederbeginn des Zugverkehrs

Beuthen, 8. Juli. Der Schnellzugverkehr ist gestern Abend über Beuthen hinaus bis Rattowitz ausgedehnt worden. Von heute ab verkehren sämtliche Schnellzüge des bisherigen Fahrplanes wieder bis Rattowitz, auch die in der Richtung nach Ratibor. So ist der Schnellzugverkehr zwischen dem Reich und Oberschlesien zum ersten Male nach neun Wochen wieder erreicht worden.

Der Salonwagen

Genosse Kleinjahn hat im preussischen Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: In den letzten Tagen haben zahlreiche Zeitungen gemeldet, daß Herr v. Hindenburg am 19. Juni seine Reise zur Koffhäuserleiter des Deutschen Kriegesbundes im Salonwagen gemacht habe, und auch am 21. Juni im Salonwagen zurückgekehrt sei. In der danach von Hindenburg benutzte Eisenbahnwagen sein Privatgelände oder handelt es sich um einen Wagen, den die Eisenbahnverwaltung für Reisen Hindenburgs besonders und dann nur für Hindenburg und seine Begleitung zur Verfügung stellt? Wenn das zutrifft, so fragen wir weiter: Warum verfährt die Eisenbahnverwaltung in dieser Weise? Wie hoch sind die Kosten und wer trägt sie? Diegt hier nicht eine ungesetzliche Zuwendung an einen Einzelnen, und, bei den Verhältnissen des Eisenbahnbetriebes, eine unverantwortliche Befreiung der Steuerzahler vor? Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um diesen Zustand zu ändern und die Wiederholung solcher Reisen im „Salonwagen“ zu verhindern?

Zeitungsverbot in München. Der Staatskommissar für München hat den Vertrieb und die Verbreitung der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ und des „kommunistischen Gewerkschafters“, zweier linksradikaler Organe, verboten.

Die Folgen der Leipziger Urteilsprüche

Durch die Abberufung der französischen Delegation beim Leipziger Reichsgericht ist wieder eine außerordentlich kritische Situation geschaffen worden. Frankreich befindet sich durch diesen Schritt, das es kein Interesse mehr an den Prozessen des Reichsgerichts gegen die Kriegsverbrecher hat, und das kann nichts anderes heißen, als daß es das Verfahren nicht als Erfüllung der Deutschland auferlegten Verpflichtungen anerkennt.

Eine Untersuchung der Frage, ob das Vorgehen der französischen Regierung vernünftig war oder nicht, hat kaum irgendwelchen praktischen Wert. Wir stehen vor einer vollkommenen Tatsache und müssen uns klar darüber sein, daß die geringen Ansprüche zu einer Verbesserung der Stimmung zwischen Deutschland und seinem westlichen Nachbar wieder zerstört sind.

Es hilft auch nicht viel, jetzt noch einmal die einzelnen Urteilsprüche, die bisher gefällt sind, auf ihre Haltbarkeit zu prüfen, und nur soviel sei gesagt, daß es lächerlich und aufreizend wirken muß, wenn die deutsche Rechtsprelle sich jetzt in Lobeshymnen auf die Unparteilichkeit des Reichsgerichts ergeht. Sie wird außerhalb des Kreises ihrer engeren Gefinnungsgenossen im Inland so wenig wie im Ausland irgendwelchen Eindruck mit der Versicherung machen, daß es objektivere Richter als die, die die Leipziger Prozesse führten, in der Welt nicht gebe. Denn sehen wir selbst den Willen zur Objektivität als gegeben voraus, so müssen doch die Urteile beeinflusst werden durch die enge Geistes- und Gefühlsgemeinschaft der Richter mit den Vertretern des militaristischen Systems. Ganz davon abgesehen, daß man von den Franzosen kein größeres Vertrauen in die Gerechtigkeit der deutschen Republik verlangen kann, als weite Kreise des deutschen Volkes es nach den immer erneuten bitteren Erfahrungen nicht bestehn.

Eins freilich muß zugegeben werden, der Ausgang konnte von allem Anfang an kaum zweifelhaft sein. Das lag an der Unmöglichkeit des ganzen Verfahrens, das schon, weil es keine Gegenseitigkeit verbürgte, den Keim der schwersten Gefahren in sich trug. Ob man nun auf die Auslieferung an die Gerichte der Entente bestand, oder ob man ein deutsches Tribunal mit der Rechtsfindung betraute, immer mußte der nationalistiche Heiß auf beiden Seiten, ganz gleichgültig auch, wie die Verdikte ausfielen, neue Nahrung geliefert werden.

Was soll nun geschehen? An sich könnte die Entente auf ihre ursprüngliche Forderung zurückkommen. Aber sie wird sich klar sein müssen, daß sie heute noch weniger zu verwirklichen ist als vormals. Auch der Gedanke, den Gerichtssof eines neutralen Staates mit der Durchführung der Prozesse zu betrauen, könnte wieder auftauchen. Nur stehen auch seiner Verwirklichung, nachdem man einmal in Leipzig begonnen hatte, viel größere Hindernisse im Wege als zu der Zeit, wo die Art des Verfahrens noch frei diskutiert werden konnte.

Es kann daher nicht wundernehmen, daß die französische Presse jetzt weder die eine noch die andere Alternative vorschlägt, sondern zu dem Ausfuhrsmittel der Sanktionen greift. Neue Zwangsmassnahmen sollen gegen Deutschland eingesetzt werden oder zum mindesten will man die bestehenden nicht abbauen.

Vor ein paar Tagen noch durften wir mit einer Befestigung der von der Londoner Konferenz verhängten Sanktionen in absehbarer Zeit rechnen. Mit dieser Hoffnung ist es jetzt wieder einmal vorbei. Die am wenigsten weitgehende Drohung, die wir in der Pariser Presse finden, läuft darauf hinaus, daß die drei Hafenstädte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzt bleiben müssten, auch wenn die Zollgrenze am Rhein — deren Aufrechterhaltung ja auch nicht im wohlverstandenen Interesse Frankreichs liegt — fallen werde.

Angenommen aber, daß sich Frankreich auf diese Maßregel beschränkt, so bleibt als weit schlimmere Folge doch die neue Vergiftung der politischen Atmosphäre, in der neben vielen anderen Fragen auch die oberirdische gelöst werden soll. Der Nationalismus hat das deutsche Staatsschiff in einen neuen verderblichen Strudel hineingetrieben. Daß der alte Geist noch immer lebt, ist unser Verhängnis. Deutschland und mit ihm das gesamte Europa gelangen nicht zum Frieden, bevor er ausgerottet ist.

Abreise der französischen Zeugen

Leipzig, 8. Juli.

Im Prozeß Schatz-Kruska teilte der Präsident Dr. Schmidt gegen 4 Uhr nachmittags mit, daß die künftigen französischen Zeugen, auch die noch nicht vernommenen, unter Führung der französischen Delegation das Gerichtsgebäude verlassen haben, so daß heute, da die deutschen Zeugen erst für morgen geladen sind, die Verhandlung nicht weiter fortgeführt werden kann. Die Verhandlung wird daraus auf morgen vormittag 9 Uhr verlagert. Die französische Delegation wird noch heute Leipzig verlassen. Auch die französischen Zeugen im Prozeß Schatz-Kruska werden in kürzester Frist abreisen.

Durch die Rückberufung der französischen Delegation und die Abreise der französischen Zeugen wird das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher, soweit französische Fälle vorliegen, eingestellt werden müssen. Denn ein Verfahren ohne Zeugen der Franzosen würde keine Rechtskraft erlangen.

Die französische Presse über Leipzig

Paris, 8. Juli.

Zur Preisprechung des Generals Stenger und der Beurteilung des Majors Crullus zu 2 Jahren Gefängnis vor dem Reichsgericht in Leipzig sagt Temps: Der Urteilspruch wurde in Frankreich eine schmerzliche Bewegung und eine berechtignte Entrüstung hervorrufen, aber keine Ueberraschung. Nach den vorausgegangenen Urteilen hätte der Erbfeind Frankreich sich nicht schmeicheln dürfen, von den deutschen Gerichten eine Gerechtigkeit zu erlangen, die sie England und Belgien verweigert hätten. Vor langer Zeit habe es in Berlin Richter gegeben, heute sehe man, daß es in Leipzig keine gebe. Das Blatt ist der Ansicht, daß man sich immer noch dem behelzten, gekleierten und gepornigten, bissigen und raffigühtigen Deutschland gegenüber befindet, das den anderen Nationen zwischen dem Angriff, über den es nachsinne, und der Renanche, die es vorbereite, sein verhärtes Gesicht aufzubrehe. Deutschland reichte denjenigen, die es zur Nachdenklichkeit zurückführen wollten, ihre Aufgabe schwer: Seine demokratische Regierung habe die von Arien, die seine Verpflichtungen desavouieren. Zum Schluß sagt Temps, Deutschland verlange von den Alliierten in diesem Augenblick die Aufhebung der Sanktionen, aber keine Handlungen gestatteten das nicht.

Das Journal des Débats meint, es sei gewiß, daß wegen der Aburteilung der Kriegsbeschuldigten der Oberste Rat Maßnahmen ergreifen müsse. Was bei dieser Angelegenheit am ernstesten sei, das sei, daß in dem Augenblick, in dem die Alliierten eine Entspannungspolitik beschähtigten, und in dem die

Berliner Regierung Beweise guten Willens zu geben scheint, ein Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland alles tue, um den Schiffsbruch dieser Politik herbeizuführen. Die nationalistiche Agitation in Deutschland zeige, daß es neben einem Deutschland, das die Lage zu begreifen und sich ihr anpassen lasse, auch ein anderes Deutschland gebe, das nichts gelernt habe und das sich noch sehr widerpenfzig und lärmend gebürde.

Der Intransigent schreibt, wenn die französische Regierung in dieser Stunde ihrer öffentlichen Meinung die Genug-tuung verschaffen wollte, die sie ihr schuldig sei, so könne sie von ihren Verbündeten das sofortige Einverständnis dazu erlangen, daß die Delegierten des Verbandes beim Reichsgericht auf der Stelle zurückberufen würden.

Intransigent schreibt ferner, daß wenn ein halbes Duzend französischer Flieger morgen die holländische Residenz Wilhelmshaven mit einem Hagel von Bomben in die Luft sprengen würde, dies alle Völkern der Entente als eine Tat ausgeglichender Gerechtigkeit begrüßen würden. Man müsse nicht glauben, daß sich dafür niemand finde.

In der Victoire erklärt Herod, das ungenügende Leipziger Urteil gegen Major Crullus werde einen Haß von zwei Jahrhunderten auf Seiten der Franzosen zeitigen.

Gute Brotgetreideernte

In der vom Preussischen statistischen Landesamt zu Berlin herausgegebenen „Statistischen Korrespondenz“ finden sich Mitteilungen über den Saatenstand in Preußen Anfang Juli 1921. Ueber die Aussichten für die Brotgetreideernte heißt es da:

Das eigentliche Brotgetreide — Winterweizen und Winterroggen — wird im Staatsdurchschnitt sowohl wie auch in den einzelnen Regierungsbezirken mit mittel bis gut bewertet, was auf einen ziemlich gleichmässigen und befriedigenden Stand im ganzen Staatsgebiet schließen läßt. Nach den eingegangenen Berichten ist die Blüte seit kurzem gut verlaufen, und der Körneransatz soll reichlich sein. Im allgemeinen kann als wahrscheinlich gelten, daß Aussichten auf eine etwas bessere Brotgetreideernte, als sie die letzten Jahre brachten, vorhanden sind. Nachteile des Ueberflusses können kaum noch merklich eintreten, da die Entwicklung dieser Fruchtarten fast beendet ist und von Mitte Juli ab mit dem Beginn des Roggenantriebes gerechnet wird. In der Rheingegend befürchtet man jedoch Kotzeile des Roggens, sofern die Trockenheit weiter anhält.

Diese Mitteilung bestätigt, was bisher bereits bekannt war, daß uns eine günstige Ernte in Brotgetreide in Aussicht steht. Darauf hat jedoch die Reichsregierung bei der Festlegung der Preise für das Umlagegetreide keinerlei Rücksicht genommen, so daß diese gute Ernte sich deutlich bemerkbar machen wird in höherem Gewinn für die Agrarier, nicht aber in niedrigem Preise für den Konsumenten.

Aufhebung der Zuderswangswirtschaft

Unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Hertmes trat in Stuttgart eine Konferenz der Ernährungslandwirtschaftsminister der Länder zusammen. Der Presse teilte Herr Hertmes mit, daß die Konferenz mit überwiegender Mehrheit beschlossen habe, mit Rücksicht auf die in diesem Jahre zu verzehrende Vermehrung des Rübenbaues, mit der bisher rund 77 Prozent der Friedensanbaufläche von 1913/14 erreicht worden sind und mit Rücksicht darauf, daß mit der Deckung des Inlandsbedarfes aus der neuen Ernte gerechnet werden kann, die Zuderswangswirtschaft mit Beginn des neuen Erntejahres, also mit dem 1. Oktober, aufzuheben.

Der Uebergang zum neuen Wirtschaftsjahr in der Brotverzorgung werde sich ohne große Erschütterung vollziehen. Die Brotpreiserhöhung, die 40 bis 50 Prozent betragen werde, sei nicht durch das Umlageverfahren hervorgerufen, sondern sie wäre sowieso eingetreten, da es ohne Zufuhren aus dem Auslande nicht möglich sei, den Bedarf zu decken.

Millionen den Lederindustriellen!

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages hat den Schleiter von einem Fäulnisherd im Reichswirtschaftsministerium gerissen, in dem der Ex-Wirtschaftsminister Scholz und seine Geheimräte eine höchst bedenkliche Rolle spielten.

Unser Genosse Brandes kritisierte schonungslos die Denkschrift der Reichslebergesellschaft, die wir auch an dieser Stelle unter die Lupe nahmen. Sie handelt von der Konjunkturabgabe der an der Häute- und Lederwirtschaft interessierten Erwerbstreife. Hiernach hat die Malabgabe den Betrag von 80,4 Millionen gebracht. Das war noch unter der früheren Vera des Rechtssozialisten Robert Schmidt. Die sogenannte Augustabgabe sollte 74,5 Millionen Mark Barabgabe und 46 Millionen Mark Sachabgabe bringen. Tatsächlich sind jedoch durch wertwüßiges Verhalten des Reichswirtschaftsministeriums unter dem deutschvolksparteilichen „Schatzminister“ Scholz nur 42 Millionen Barabgabe und 20 Millionen Sachabgabe eingegangen. Herr Scholz und seine Geheimräte desavouierten den Vorgänger im Reichswirtschaftsministerium durch eine unter dem 18. Oktober 1920 erlassene Verfügung. Diese Verfügung steht in direktem Gegensatz zu einer am 28. April 1920 erlassenen. Ungeachtete Millionen verblieben durch dieses Manöver den Leder-Millionären, besonders den großen und größten Firmen, zum Schaden der notleidenden Bevölkerung, die das teure Schuhwerk kaum noch kaufen kann.

Ein Geheimrat Schlottmann und der Regierungsrat Brandes suchten ihr sonderbares Verhalten mit der famosen Ausrede zu rechtfertigen, sie seien von den zuständigen Stellen von der schlimmsten Auswirkung ihrer Anordnung nicht informiert worden. Demgegenüber stellte unser Genosse Simon (Franken) fest, daß im Organ der Lederindustriellen bereits am 4. Oktober 1920 ein Brief an das Reichswirtschaftsministerium veröffentlicht wurde, in dem u. a. behauptet war, daß der Referent im Reichswirtschaftsministerium mit der Auffassung der Lederfabrikanten dahin einig gehe, daß jene Fabrikanten, die 50 Prozent ihrer Vorräte zu dem von den Industriellen selbst vereinbarten Richtpreis — 25 Mark pro Kilogramm Bodenleder gegenüber dem bis 15. August 1919 geltenden Höchstpreis von 15 Mark — abgeben, von der Konjunkturabgabe befreit sein sollten.

Hierbei ist folgendes festzuhalten: Ein Konjunkturgewinn von 10—12,50 Mark pro Kilogramm war schon durch diese plötzliche Lederpreiserhöhung gegeben. Der größte Teil der Lederindustriellen hat sich aber den Teufel um den Richtpreis von 25 Mark geschert. Sie haben pro Kilogramm Bodenleder aus den unter der Zwangswirtschaft noch billig erworbenen Häuten bis zu 80 Mark Konjunkturgewinn bezogen. Genosse Simon erklärte, daß es mehr als nötig ist, wenn die Referenten des Reichswirtschaftsministeriums dem Schmalenlang der Lederpreiserhöhung folgten. Es seien auch viele bekannt, daß man den Richtpreis zwar suchte, tatsächlich aber höhere Preise von den Arbeitnehmern erhielt, den Mehrbetrag teilte und so den Staat um die Konjunkturabgabe betrug. Durch das Verhalten der Sachwalter der Lederfabriken im Reichswirtschaftsministerium sind 160 Lederfabriken, darunter 35—40 der größten Betriebe, von jeder Abgabe vollständig verschont geblieben. Scholz und seine Referenten haben sich von den Lederbaronen einleiten lassen; zum mindesten ist der Minister von seinen Referenten schlecht beraten worden. Den Schaden trägt gerade die arme und wenig bemittelte Bevölkerung.

Eine grobe Unwahrheit ist es, wenn man jetzt die Sache so darzustellen versucht, als habe man von all dem im Reichswirtschaftsministerium nichts gewußt. Tatsächlich hat die Reichsleberkiste in einem Schreiben vom 30. Oktober 1920 auf den Widerspruch der Verordnungen vom 24. April und 18. Oktober hingewiesen, ebenso darauf, daß unzählige Firmen nach der letztbeschriebenen Verordnung keinen Pfennig Konjunkturgewinn zahlen brauchen, und daß dies einen Ausfluß von vielen Millionen

zur Folge haben würde. Bemerkenswert ist, daß keiner der bürgerlichen Vertreter im Ausschuß diese Korruption zu becken wagte. Auch der jetzige Minister Schmidt fand nur gelinde Worte der Abwehr. Er versprach jedoch, eventuell Verfümtes nachzusehen. Mein, aus den Taschen der Lederinteressenten bringt auch kein Minister Schmidt mehr etwas heraus, wenigstens solange nicht, als gewinnträchtige Saboteure und Sachwalter der Schmerzverdienenden als Regierungsräte des alten Systems im Reichswirtschaftsministerium sitzen. Herr Minister Schmidt muß schon angekränkt Obacht geben, daß er nicht in gleicher Weise von seinen Referenten eingewickelt wird, wie sein Vorgänger, der „Schatzminister“ Scholz.

Berschiedenartiges Rechtsempfinden

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht einen längeren Artikel „von besonders geschähter Seite“, der sich mit dem Nordprozeß Talaat Pascha befaßt. Es wird darin ausgeführt, daß das freisprechende Urteil einen Fehlpruch darstellt habe und das schwärzeste Blatt in der Geschichte der deutschen Rechtsprechung sei. Es müsse von allen rechtlich denkenden Menschen abgelehnt werden. Die schweren Ausschreitungen gegen die türkischen Armentier im Jahre 1915 habe man ungeheuerlich aufgebaut, Talaat Pascha sei nicht für sie verantwortlich zu machen, im Gegenteil habe keiner für die Schöpfung der Armentier in der Regierung so stark gewirkt wie er. Die Folgen des Freispruchs haben sich bereits bemerkbar gemacht. Der ehemalige bulgarische Ministerpräsident Radoslawow und eine größere Anzahl anderer politischer Flüchtlinge hätten Deutschland bereits verlassen oder bereiteten ihre Abreise vor. In der Türkei habe sich das Volk gegen die Armentier empört, und das Blut Talaats sei jetzt schon an vielen Schuldlosen gerächt worden.

Wir haben nach der Freisprechung des Armentiers Teikrian gefragt, daß das Rechtsempfinden des deutschen Volkes es als das einzig mögliche begrüßen würde und an dieser Auffassung können uns auch die Darlegungen des Sinnesblattes nicht irren machen. Nicht nur durch die Auslagen im Talaat-Prozeß, sondern schon längst vorher durch die Veröffentlichung einwandfreier Beobachter ist die Schuld der türkischen Kriegesregierung an den Armentier-greueln restlos erwiesen und zweifellos ist es auch, daß Talaat Pascha einer der Hauptschuldigen daran war. Auch wir treten für das politische Unrecht ein; aber solange die reaktionären Behörden proletarischen Flüchtlinge das Verweilen in Deutschland verwehren, solange ist die Lage der Deutschnationalisten, daß die treuen Verbündeten der wilhelminischen Kriegesregierung sich jetzt bei uns unsicher fühlen, nichts anderes als ein heuchlerisches Spiel.

Festungsgefängnis Niederschönenfeld

Der „Vorwärts“ bringt einen aufsehenerregenden Bericht über die Zustände in dem bayerischen Festungsgefängnis Niederschönenfeld. Dort sind, wie bekannt ist, die Gefangenen untergebracht, die wegen Beteiligung an der Münchener Räteregierung verurteilt wurden. Am 4. Januar, so berichtet der „Vorwärts“, drang eine Abteilung von zwei Offizieren und über 40 bewaffnete Sipolente unter Anführung des Augsburger Oberstaatsanwalts Renzel in die Festung ein und zwang die Gefangenen unter Anwendung von Gewalt zum Ablegen der Sowjetabzeichen. Dabei wurden Kommandos gegeben: „Schuhfeld frei!“ und „Entwischen!“ Am Abend desselben Tages wurde eine Verfügung bekannt gegeben, daß bei jeder Widerrechtlichkeit unnaechtslich von der Waffe Gebrauch gemacht würde. Ein Bademeister der Festung rühmte sich, er werde eigenhändig sieben Sparrästen wie tolle Hunde mit dem Spaten erschlagen, wenn es losginge. Diese Verheuerung wurde vor Gericht erwiesen, jedoch wurde gegen den Bademeister nichts unternommen, wohl aber der kommunistische „Bostwille“ in Augsburg, der diese Vorfälle mitteilte, be-schlagnahmte.

Im Februar wurde dann der Amtsrichter Dr. Bollmann Festungsvorstand. Er führte neue Repressalien gegen die Gefangenen durch, bei geringen Ausläßen wurde Bett-, Kost- und Gefangenensowie Dunkelarrest verhängt. Später übernahm der erste Augsburger Staatsanwalt Dr. Krauß die Leitung. Dieser verhängte mit Vorliebe Disziplinarstrafen und die Qualereien der Gefangenen erreichten unter seiner Aufsicht schließlich einen derartigen unerträglichem Zustand, daß die Gefangenen am 2. Juni durch drei Parlamentäre die Wiederherstellung der gleichmäßigen Festungshaft forderten. Die drei Gefangenen wurden darauf in Einzelhaft gesperrt, am nächsten Tage wiederfuhr 13 weiteren Gefangenen das gleiche Schicksal.

So werden in Bayern Festungsgefangene behandelt, die politisch links stehen. Der Mörder des Genossen Eisner, Graf Arco, hat hingegen die Erlaubnis, während des ganzen Tages im Garten spazieren zu geben. Er empfangt ungehindert Besuche, feiert bis spät in die Nacht hinein Weinorgien in seiner Zelle und macht außerdem allwöchentlich einen Spaziergang in die Stadt. Die Behandlung, die den politischen Gefangenen in Bayern zuteil wird, entspricht nicht den gesetzlichen Vorschriften. Der bayerische Justizminister Roth (ein Kappist) wird natürlich nichts unternehmen, um den gesetzlichen Vorschriften Geltung zu verschaffen. Deshalb hat die Reichsjustizbehörde die dringende Pflicht, in Bayern nach dem Rechten zu sehen.

Merzliche Ehrengerichte

Die Abgeordneten Braun (S. V. D.) und Dr. Beyer-Charlottenburg, sowie die Abgeordneten Dr. Weyl und Genossen haben im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, das Gesetz über die ärztlichen Ehrengerichte vom 25. September 1889 aufzuheben.“

Der Krieg in Kleinasien

Die Kemalisten veröffentlichen folgenden Kampfbefehl: Westfront, Abschnitt Ismed: Infanteriegeschichte bei Baghschidit und in der Nähe von Beni-Reny und von Tatar-Manie. Der Feind hat durch unsere Geschütze und unsere Offensiv bedeutende Verluste erlitten. Abschnitt Ushab: Bei Bourlou und in der Zone von Aidin Vorpustengefichte. Der Feind wurde abgewiesen.

Die „Times“ berichtet aus Malta: Niemand war der Hafen so leer wie jetzt, da alle englischen Kriegsschiffe nach dem Bosporus gingen. Alle sind mit Kohle und Munition hinreichend versorgt. Auch ist das Gerücht verbreitet, daß die englische Regierung die Entsendung von Truppen nach Konstantinopel in Erwägung ziehe, da die allierten Streitkräfte im Falle eines kemalistischen Angriffes zu schwach sein dürften.

Der diplomatische Redakteur des „Daily Telegraph“ erklärt, daß vor einigen Tagen die Kemalisten den alliierten Oberkommanden in Konstantinopel mitteilten, daß Kemal Pascha ihnen gewisse Vor schläge zu machen habe. Am Montag versammelten sich die Oberkommanden und erörterten diese Mitteilung. Sie beschloßen, den General Harrington mit der Entgegennahme einer etwaigen Postkarte Mustapha Kemal zu betrauen.

Wetterkurz in den Karpaten. In den Karpaten ist ein katastrophaler Wetterumschlag eingetreten. Es gingen gemaltige Schneemassen nieder. Die Temperatur sank bis auf vier Grad unter Null.

Schlüpfen und Raglans zur Reise aus Homespun und gemustertem Cheviot, jetzt M. 475, 625, 650 bis 950

Luzerner Mäntel aus Strichloden, in praktischen Farben, jetzt M. 250, 275, 350, 425

Blusen für Herren und Damen, sehr gute Ware, jetzt M. 250, 275, 350, 425

Wahlmützen in vielen guten Qualitäten und Fassons, jetzt M. 350, 390, 450, 550, 625, 750, 850

Rock-Anzüge in guter Qual. u. best. Verarbeitung, jetzt M. 300, 450, 550, 650, 750, 850, 950

Nur Qualitätsware kommt zum Verkauf

Sport-Anzüge für Herren u. Jünglinge, aus Lodenstoff, gemustertem Cheviot, Homespun u. Manchester, jetzt M. 300, 350, 450, 475, 500, 650

Knaben-Anzüge in Blusen-, Schlüpfen- und anderen Formen, aus vorzüglichen Wollstoffen, jetzt M. 50, 60, 70, 80, 90, 100

Jünglings-Anzüge in grosser Auswahl, jetzt nur M. 295, 350, 450, 550, 650

Gestrelte Rosen, grösstenteils unter Herstellungspreis, jetzt M. 6.-, 85, 99, 112, 121, 135 bis 250

10 billige Tage Vorletzter Tag

Ab Oberbaumbrücke (Höllig, außer Sonnabenden, u. Neu-Heringsdorf u. Wollersd. Schiffe) Abf. Sonntags 8.15 vorm. u. 2.00 nachm. Wochentags nur 9.00 Uhr vormittags.

Zersch am Schmiedeweg (Abfahrt über Potsdam nach Zersch, 8.30 Uhr) Marktstr. 4, Friedrichstr. - 9.15 Uhr (Dort, Tegeler Weg, Neederer Ried, Goldensteinstr. 48. Moritzplatz 8197.

M. Schulmeister
Kottbuser Tor
Herren- u. Knaben-Konfektionshaus

Theater und Vergnügungen

Volkshühne
Sommerdirektion
Abf. 7 Uhr: Der Kaiserjäger
Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
Abf. 7 Uhr: Potasch u. Perlmutter
Kammerstücke
Abf. 7 Uhr: Rosalinde
Großes Schauspielhaus
Abf. 7 Uhr: Die Weber (Aster-Kommunen)

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
DAS MILLIARDEN-SOUPER

Garderobe
auf bequemste Teilzahlung
HERREN - DAMEN - ANZÜGE, HOSEN, Paletots, Koaume, Paletots, Uster, Röcke, Kleider.
Gute Ware, solide Preise, große Auswahl.
M. Beiser, Lohringer Str. 67.

Gold · Silber · Platin
Sachen und Bruch
Zeißfeldstecher
zum kaufen zu hohem Kurs zum
Ratzlaff & Zimmer, Linienstr. 93

Zur Justizreform! Jetzt aktuell!
Klassenjustiz
Chronologische Gegenüberstellung von Gerichts-urteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre
Von Fritz Schneider Preis 1.80 M.
Buchhandl. „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Wo gibts die billigsten Seifen
bei Seifenschneider, Pücklerstrasse 44.

Spezial-Arzt Dr. Joffe für Geschlechts-, Haut-, Harm-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, spez. chron. Harnleiden u. Aussätze, Licht- u. Finsen-Behandlg. in der Heil-Dir. O. Löser, Münzstr. 9 nahe Alexanderplatz, 9-1, 4-8, Sonntags 10-12, Damenz. separat

Ein Erlebnisbuch fürs Proletariat ist soeben erschienen
Mag Dortu
Wir Männer vom Steinbruch
Elegant kartoniert 10 Mark
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 / Breite Straße 8-9

Spedition Werner, Greifswalder Str. 29
sucht
Botenfrauen
für Georgenkirchstraße, Mehnerstraße u. Landwehrstraße

Blonde Engel
von Robert Winterberg
Paul Heermann a. G. Josefina Rosa u. Gertrud. U. G. Ingeborg und Gertrud. U. G. Ingeborg und Gertrud. U. G.

Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady Windermeres Fächer

Omische Oper
Die Oper
Alt-Seidelberg
Walballa-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsteife

Rose-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Schmalhoden misst

Leffing-Theater
Direkt.: Victor Barnowski
Abf. 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs (Konstantin, Oldi)
Deutlich-Kinell-Theater
7 1/2 Uhr: Gefährnis (Kölpel, Karl, Otto)

Berliner Brater
Kastanienallee 7-9
Täglich 4 1/2 Uhr:
„Varieté“
Wenn Engel strecken!
Operette in 3 Akten

Sommer-Theater
Schweizergarten
Am Friedbergstr. 29-32
Sonntag, den 10. Juli 1921
Das neue hervorragende Programm mit BALL-
Schlager auf Schlager.
große Gratis-Vorführung eines
lebenden Schweines
(wirkliches Schwein, kein Hochschwein)
Vorabf. 10.10 Uhr vorm. ab.

Film-Palast-Varieté
Koppenstraße 29
Königsplatz 4114
Täglich ab 7 Uhr
Der große
Varieté-Spielplan
2 Stars - Willi Schenk
- Margit und Lener
- Emil Glas - 2 Wailla, Oette

Briefmarken :: Münzen
kauft Großmann, Johannisstr. 4,
Zugang u. d. Friedrichstr. (Nr. 108) Norden 108 21

Dennächst erscheint: RUSSISCHE KORRESPONDENZ Nr. 6

Inhalt: E. Probratschenski: Ein neuer Jeltabschnitt. Gesetze über Naturalsteuer / N. Lenin: Zur Frage der Naturalsteuer / J. Varin: Juristische oder Aufrichten der Front (Ueber den neuen Wirtschaftskurs) / W. P. Misjutin: Die gegenwertigen Fragen der russischen Volkswirtschaft. L. Gintschuk: Die neuen Kämpfe den der Genossenschaften / A. Swiderski: Die praktische Durchführung der Naturalsteuer / Die gegenwertige Wirtschaftspolitik Sowjet-Russlands. (Kriegsleistung, angenommen von der Allrussischen Konferenz der kommunistischen Partei Russlands. Moskau, Mai 1921) / W. P. Misjutin: Die Wirtschaftspolitik des Obersten Volkswirtschaftsrates. A. Nkow: Die Lage der russischen Volkswirtschaft. / A. Kaktyn: Vom alten Obersten Volkswirtschaftsrat zum neuen Volkswirtschaftsrat / A. Kaktyn: Naturalsteuer und Kleinindustrie. N. Lenin: Instruktion des Arbeits- und Verteilungsrats an die lokalen Sowjeteinrichtungen (Entwurf) / J. Varin, A. Holmann, N. Alsmont: Austauschfonds und Arbeitslohn / E. Varga: Die Organisierung der bäuerlichen Landwirtschaft / E. Probratschenski: Papiergeld und Zwangswirtschaft / Feschawa: Die Einflüsse und Ausfuhr Sowjet-Russlands / M. Polunkowski: Das Problem der Arbeitsorganisation in der Produktion / Ueber die Naturalprämien. (Bericht an den Rat der Volkswirtschaft) / A. Ossinski: Die Ergebnisse einer Studienreise / Von der Tätigkeit des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees / J. Brandenburgsky: Die Kommunisten und die Genossenschaften / A. Ossinsky: Die „alte“ und die „neue“ Politik der russischen Kommunisten. / Der IV. Allrussische Kongress der Gewerkschaftsverbände. A. Dubnow: Die Hauptmission in der Entwicklung der kommunistischen Partei Russlands. M. Tschatschenski: Die rote Armee und die Miliz / A. Winokrow: Die soziale Fürsorge in Sowjet-Russland. / Mich. Pawlowitsch: Die ökonomische Entwicklung und die Agrarfrage in Persien im XX. Jahrhundert / W. Kerschenow: Die Erfolge des neuen Theaters / G. Arshifjanow: Die Gründung eines wärmetechnischen und elektrotechnischen Instituts für wissenschaftliche Forschung / F. Sienusinski: Bericht über die Arbeit des Allrussischen Bureaus der Produktionspropaganda / A. Ossinski: Die Ausichten der kommenden Ernte / A. Jemtschanow: Der Zustand des Transportes in Sowjet-Russland.

Preis M. 6.-

Zu beziehen durch: FRANKES VERLAG G. m. b. H., Leipzig, Kreuzstrasse 3b, Berlin, Bücherplatz 2

Auch diese gehen zu ihrem Drogisten um die beliebten Rajanol-Erzeugnisse
Hautcreme
Teintwasser
Zahnpasta
zu kaufen
Rajanol-Parfümerie
G. m. b. H.
Berlin-Oberbaumbrücke
Fernsprecher: Oberschw. 555

Alt-Metalle
verkauft man nur richtig
Oberberger Straße 1
Reinickendorfer Straße 107

Schokoladen
Bambusa, Fruchtstangen
u. w. kaufen Sie immer an
billigen bei
Schneider
Hodenbergstraße 27.

Zeißfeldstecher
Se und Stich, kauff ständig
M. Steckelmann,
Berlin W 9, Potsdamer Str. 126
(Ecke am 9209)

Parasiten
Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hillerbring „Die Sozialisierung und die Wirtschaftskrisen der Klassen“ lesen. Preis 3.- Mk. (Post extra). Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Griffkaffe
Jhr „Parasiten“ hat wunderbar gelohnt. drei Oberabsätze nachem. haben wochenlang ihre Kantien umsonst verl. jahrelang habe ich alle Kräfte Mittel ohne Erfolg angewandt. Jhr Parasiten brachte mir schöne Heilung. Wehrer H. H. Dr. 60 wurden schon Tausende befreit. 15.00. Bitte Reichel. Verlin 46 50. Eisenbahnstr. 4.

Münzen
Sammlungen
kauft Volk, Berlin,
Wilhelmstr. 46/47

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen auf Teilzahlung
Kleinste An- u. Abzahlung
Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Min. v. Alexanderpl.
Händler: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Wf. Gesundbr.

Foto-Apparate
u. Verfahrart. Seite 101. L. Foto-Industrie Berlin, Friedrichstr. 14

Altmittel
über Tagespreis
Adlerstraße 92

Fabelhaft billige Preise
bringt uns jetzt begonnener
Saison-Ausverkauf
Ohne Rücksicht auf den bisherigen Wert haben wir große Posten bekannt haltbarer und erstklassiger
Schuhwaren
aufs tiefste im Preise herabgesetzt. Schwarze und braune Schuhe können Sie jetzt riesig billig kaufen, wenn Sie sich beeilen, den Weg zu uns zu machen. Sie sparen viel Geld und können sich auch für später mit Schuhwerk versehen.

- Ein Posten Halbschuhe (Schmir und Spange, beste Lederarten, feine Formen, jetzt 49.50 98.00 70.50)
- Ein Posten Herren-Stiefel (echt Rindbox, kräftig und elegant jetzt 89.50)
- Herren-Stiefel (feineste Rahmenarbeit und genäht, sehr elegant, durchweg 129.50 188.50, 157.50)
- Sandalen für Kinder (in Rindleder 56-42 21-35, sehr kräftig 73.00 57.00, 27-30 49.50)
- Weiße Leinwand-Schuhe (Schmir und Spange, la Stoff, la Ledersohle und Lederband 49.50 39.50)

Außerdem noch große Mengen einzelner Partien in Braun, Schwarz und Lack, sportlich im Preis.

Schuhvertriebshaus „Alexanderplatz“
P. Gärtner & Co.
Eingang Neue Königstr. 47 hochpar’erro kein Laden

direkt am Alexanderplatz

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Arbeitslose. Achtung!
Am Montag, den 11. Juli 1921, vormittags 9 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83-85, II. Stock

Berfammlung
der arbeitslosen Bauanschläger.
— Mitgliedsbuch legitimiert
Die Ortsverwaltung.

AUSVERKAUF!
Gummipelerinen . . . von M. 40,- an
Strümpfe M. 2,50
Unterhosen M. 5,-
Hemden M. 12,-
Deutsche Unif. (Hose u. Joppe) M. 60,-

Verkauft wir teils nur unter Fabrikantenpreis, teils infandbelegt und gewaschen, teilweise aus druffen und Ganten-Heeresbeständen, über 200 000 Stück

Kuhendem amerikanischen und englische Uniformen, Chausseurjoppe, Widrigemalchen und Überbecken von erstklassiger Geschaffenheit und anderer Billig. Auch Abgabe größerer Quantitäten an Kleinbändler

Verkauf: Köpenicker Str. 145, 3. Tropp
B. Kaufmann & Co.

Alles in den Schatten stellend
Leihhaus Brunnenstraße 5
sind unsere jetztigen Preise einmalig. Angebot! Letzte Tagel Herren-Anzüge, teils a. Seide, Wert bis 800 M., ja 7 300 350, 400 M. Fern. Kreuzfische, Seemannsdelikatess, 50%, herabgesetzt. Keine Lombardw.

Stahlwaren - Produktion „Solidarität“
G. m. b. H.
Ohligs bei Solingen

Genossenschaftliche Erzeugung Solinger Stahlwaren.

Für Geschäftsbetriebe empfehlen wir: Bureauschere, Speck-, Wurst-, Käse-, Bäckerei- und Brotmesser, Fett- und Seifenstecher, Dosenöffner usw.

Fleischereibedarfsartikel in großer Auswahl: Belle, Aeste, Hauer, Sägen, Stähle, sowie für jedes Fach: Schneiderschere, Sattler-, Schuster- u. Gärtnermesser, Werkzeugmesser für alle Berufe.

Zum Verkauf an die Mitglieder bieten wir den Konsumvereinen an: Bestecke in jeder Ausführung und Preislage, Alpaka-, Britannia-Zinnstahl- und Aluminiumlöffel, Brot- und Gemüsemesser, Taschmesser in mannigfaltiger Ausführung, Scheren in jeder Art, Haarschneidemaschinen, Rasiermesser und Rasierapparate.

Wir stellen unsere Waren nicht führen, bitten wir die Verbraucher um Aufgabe der Bestellungen an unsere Adresse. Gewerkschaftsbüser u. Gastwirte bitten wir um Anforderung unserer Preisliste.

Wir stellen unsere Waren in vorzüglicher Qualität her und verwenden nur allerbesten Stahl bei Berechnung billigster Preise.

Kleide Dich billig, elegant!
im Leihhaus Moritzplatz 58a
Jackett-Anzüge Cutaways, Uster, teils auf Seide, früher bis 1200 Mk. jetzt 400-500 Mk. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, enorm billig! Nach beendeter Saison 50% herabgesetzt. Kreuzfische, Zabel-, Silber-, Silberfische, Keine Lombardw.

Groß-Berlin

Einigung mit den Outsarbeitern?

Der Magistrat verläßt seinen Scharfmacherstandpunkt.

Der Magistrat beriet in seiner gestrigen Sitzung über den Ausnahmestand der Outsarbeiter. Ursprünglich war er von der Meinung ausgegangen, daß eine Mehrausgabe durch Lohnerhöhung auch gedeckt werden müsse. Es könne deswegen keine andere Deduktion für die Mehrausgabe in Frage kommen als eine solche, die sich aus dem Betriebe selbst erzielen lasse. Hierbei ist von den Outsarbeitern selbst auf die in Aussicht stehende Erhöhung der Getreidepreise hingewiesen worden. Der Magistrat glaubt aber, hiermit nicht rechnen zu dürfen, weil sie auf anderen Gebieten der Stadtverwaltung wieder zu erheblichen Mehrausgaben für Löhne usw. führen werden.

Der Magistrat beschloß demgemäß, heute zwar den ausständigen Outsarbeitern 7 1/2 Prozent Zuschlag zu den sämtlichen Vorkosten zu gewähren, aber mit der ausdrücklichen Maßgabe, daß diese Mehrausgabe eingebracht wird durch höhere Einnahmen oder durch Ersparnisse auf den städtischen Gütern selber. Nur mit dieser Maßgabe hat sich der Magistrat zu dieser Bewilligung bereitgefunden.

Bzüglich des Mitbestimmungsrechts hat der Magistrat sich damit einverstanden erklärt, daß die Pactverträge wiederkehrend den Betriebsräten zur Einsicht vorgelegt werden. Was die Mitwirkung bei Entlassungen anlangt, hat der Magistrat zugestimmt, mit dem Vorbehalt, daß bei Differenzen über die Berechtigung einer Kündigung der Lohn für die Zeit vom Entlassungstag ab nur dann gezahlt wird, wenn die endgültige Entscheidung die Kündigung für unberechtigt erklärt.

Vorausgesetzt, daß die Organisationen diesen Beschluß des Magistrats genehmigen, wird sofort der Berliner Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen, unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß auf der geschaffenen Grundlage sofort die Arbeit auf den Gütern von den Ausständigen wieder aufgenommen wird. Streitfrage werden nicht bezahlt. Andererseits soll aber das während der ersten Zeit gewährte Deputat nicht angerechnet werden. Maßregelungen dürfen von keiner Seite vorgenommen werden.

Es ist anzunehmen, daß die Organisationen diesem Beschluß beitreten werden; zum mindesten liegt doch ein erhebliches Zurückweichen von dem zuerst eingenommenen Scharfmacherstandpunkt des Magistrats vor. Immerhin muß, wenn sich der Magistrat auf eine 7 1/2prozentige Lohnerhöhung geeinigt hat, die Haltung der Rechtssozialisten auch innerhalb des Magistrats mehr als zweideutig gewesen sein.

Der „Vorwärts“ fühlt sich schon bemächtigt. Wahlmache zu betreiben und tut dies nicht einmal in geschickter Weise. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Verhandlungsgrundlage sowohl im Stadtverordnetenrat als auch in der Donnerstag-Konferenz der sozialistischen Körperschaften der Antrag unserer Fraktion war; jetzt stellt es der „Vorwärts“ so dar, als sei die zustandgekommene Entschcheidung das Verdienst seiner Parteigenossen. Der „Vorwärts“ schreibt frank und frei:

Die Versammlung nahm diese von sozialdemokratischer Seite eingebrachte Entschcheidung einstimmig an und machte sich somit die Forderungen der sozialdemokratischen Vertreter zu eigen, die die Grundlage der Verhandlungen sind, über die wir an der Spitze des Blattes berichten.

Das ist so ziemlich die dümmste Art, auf die man Wahlagitation treibt. In Wirklichkeit haben die Rechtssozialisten von Anfang an bis zur gestrigen Magistratsitzung eine merkwürdige, mehrfach wechselnde Rolle gespielt und möchten sich jetzt gern die von Anfang an konsequente und — wie sich zeigt — tatsächliche Haltung unserer Fraktion „zu eigen machen“.

Das Bezirksamt I (Mitte) hat mit dem 5. d. M. die Geschäfte des Bezirksamtes I übernommen. Hiermit gehen in seine Zuständigkeit die Veranlagungsgeschäfte der wesentlichen Steuern seines Geschäftsbezirks über, so die Grund-, Hausangestellten-, Wohnungslorus-, Luftverkehrs-, Behälterabgaben- u. m. Steuer. In welchem Umfang sie hiermit die Geschäfte des Bezirks er-

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Kußt

(12 Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Er wühlte erregt weiter in den Briefen, aber er fand nur Rechnungen, Notizen, Aufzeichnungen, nichts, das er in Zusammenhang mit dem Verkauf hätte bringen können. Zuletzt fiel ihm ein Stück Papier in die Hand, das aus sah, als hätte es ein Mensch zerknüllt. Peter glättete es, weil es die Schrift des Vaters trug. Dem Datum nach war es etwa zwei Monate nach dem ersten Brief geschrieben. Peter las:

„Lieber Schwiegervater!

Da Du nicht helfen wolltest, bleib mir nichts übrig, als Dir die nackte Tatsache mitzuteilen: der Weiber mit der Wasserkraft ist an Thomann übergegangen. Du meinstest, ich hätte aus dem Wald Geld herauszuschlagen sollen; erstens rühre ich den Wald nicht an, der ist nun einmal mir zu sehr ans Herz gewachsen und geht mir über den Weiber, zweitens läßt sich sowas nicht übers Knie abbrechen, und meine Schulden waren Ehrenschulden — Du wirst sie anders nennen, sie mußten an einem bestimmten Termin zurückgezahlt werden. Du sagtest mir u. a. es wäre gut, wenn Angele mehr Rücksicht hätte; ich bin der Vorsetzung dankbar, daß sie es nicht hat. Du machst ihr einen Vorwurf daraus, daß sie mich blind liebt, sie liebt mich eben, wie ich bin. Deine übrigen Vorwürfe, die sich in ziemlich starken Ausdrücken bewegen, Leichtsinns, Mangel an Energie, Leichtgläubigkeit usw., übergehe ich am besten. A quoi bon?

Du findest ferner den Ton meines Briefes burschikos und trivial solch ernstlichen Sachen gegenüber. Werden die Dinge anders, wenn ich sie wie ein Spießer nehme? Erlaube mir, zu sagen, daß ich Dein Tun engberzig, ja fast rachsüchtig gefunden habe. „So, jetzt hat er's!“ Du zwingst mich, Dir jeden ferneren Einblick in meine Verhältnisse zu verwehren. Du magst mich also weiter für einen Verschwenker und Lumpen halten, nur möchte ich Dich ersuchen, nicht auf Angele einzuwirken und ihr eine ähnliche Meinung beizubringen, denn Deine Tochter liebt mich und soll mich stets lieben. Angele und die Kinder sind gesund.

Albert!

Peter sprang auf. Unmöglich konnte der Großvater der Mann gewesen sein, den ihm die Kagebergerin geschildert

weiter, erhellt aus der Tatsache, daß mit dem Uebergange der Veranlagungsgeschäfte ein Bestand von 113 Personen (Beamten und Hilfspersonal) mit übernommen wird. Der Uebernahme der Verwaltungsgeschäfte schließt sich demnach auch der Uebergang der dem Bezirk zugewiesenen Steuerlasten an.

Berliner Verkehr

Pläne für die Verbesserung des Stadtbahnverkehrs.

Der Eisenbahndirektionspräsident Wulff hielt vor Vertretern der Berliner Presse einen Vortrag über die Elektrifizierung der Stadt- und Ringbahn. Er teilte mit, daß ausgedehnt 1 1/2 Millionen Personen täglich auf der Stadt- und Ringbahn befördert werden. Auf der Stadtbahn verkehren in der Stunde durchschnittlich 24 Züge mit je 500 Sitzplätzen. Damit sei die Eisenbahndirektion an der Höchstgrenze ihrer Leistungen angelangt. Dennoch könnte man den Anforderungen des stets wachsenden Verkehrs nicht in allen Teilen gerecht werden. Aus diesem Grunde müssen die Arbeiten zur Elektrifizierung der Stadt- und Ringbahn jetzt mit Hochdruck erledigt werden, und diese seien bereits soweit gediehen, daß man mit den Vorbereitungen für die Stadtbahn fertig sei und mit den praktischen Arbeiten auf der Straße Steintiner Bahnhof — Bernau bereits begonnen hat. Wenn nicht unvorhergesehene Hindernisse sich dem Bau entgegenstellen, so könnte die Inbetriebnahme dieser Strecke bereits im Frühjahr 1923 erfolgen.

Der elektrische Strom für die nördlichen Bahnen soll von den städtischen Elektrizitätswerken Berlin entnommen werden, während man für die Stadtbahn den Strom aus dem Ferntrafwerk Golpa herleiten will. Man beabsichtigt, auf der Stadt- und Ringbahn elektrische Triebwagen einzuführen, die 800 Sitzplätze haben. Auf der Stadtbahn sollen in der Stunde 40 Züge nach jeder Richtung verkehren, so daß man eine Zugfolge von 90 Sekunden hat. Für die Elektrifizierung der Stadtbahn ist eine Arbeitszeit von zehn Jahren vorgesehen worden. Desgleichen will man schon jetzt mit dem Ausbau der Fahrkartenhalter beginnen, da sich die Klagen über ungenügende Abfertigung des Publikums häufen. Der Präsident betonte, daß er angeordnet habe, daß auf der Stadtbahn stets zwei Fahrkartenhalter aus jedem Bahnhof geöffnet sein müssen, und daß in verkehrsreichen Stunden weitere Schalter zu öffnen sind. Zur genaueren Durchführung dieser Anordnung ist eine strenge Kontrolle der Schalter angeordnet worden.

Gestern vormittag verließen die ersten Feriensonderzüge Berlin. Der Andrang auf den Fernbahnhöfen war so stark, daß die Schulpolizei zum Teil die Bahnsteige sperren mußte. Auf dem Steintiner Bahnhof legte der Verkehr in den frühen Morgenstunden ein. Es waren mehrere Feriensonderzüge eingesetzt. Die Karten zu diesen ersten Sonderzügen waren bereits vor mehreren Tagen ausverkauft. Zu jedem Sonderzuge waren nicht mehr Fahrkarten verkauft worden, als Sitzplätze im Zuge vorhanden waren. Insgesamt werden vom gestrigen Tage an bis zum 17. Juli 35 Feriensonderzüge von Berlin abfahren. Während für die ersten Sonderzüge eine besonders starke Nachfrage war und die Karten in kurzer Zeit ausverkauft waren, sind für die später abgehenden Züge noch reichlich Fahrkarten vorhanden. Platzkarten können in diesem Jahre nicht ausgeben werden, eine Befreiung von Abteilen für sechs Personen ist aber zulässig. Bahnsteigarten werden auf Anordnung der Eisenbahndirektion nicht verkauft. Nur Kranken und Kindern ist die Mitnahme von Begleitpersonen auf den Bahnsteig unentgeltlich gestattet. Auch auf dem Bahnhof Charlottenburg und auf dem Görlitzer Bahnhof ist der Andrang zu den Fernbahnhöfen sehr stark.

Zur gleichen Zeit hat auch die Eisenbahnverwaltung Ferien-Sonntagszüge zu ermäßigten Preisen eingesetzt. Diese verkehren nach Kreienwalde, Eberswalde, Fürstenberg, Dahmsdorf-Müncheberg, Lübben, Lübbenau, Leupzig, Scharmützelsee, Storkow und Hubertushöhe. Der Fahrkartenverkauf zu diesen Zügen findet an jedem Sonnabend statt. Auch hier werden nicht mehr Karten verkauft, als Sitzplätze vorhanden sind.

Die Bezirksversammlung des 15. Verwaltungsbezirks, Treptow, beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung zuerst mit der Einlegung eines Erwerbslosen Ausschusses, der aus je 6 Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen soll, die von der Bezirksversammlung gewählt werden; dem Ausschuss werden auch gleichzeitig die Demobilisationsangelegenheiten übertragen. Die Arbeitnehmer schlägt die Bezirksvergewerkschaftsunterkommission vor. Ferner wurde der Beirat für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene gebildet, in dem u. a. acht Vertreter der Kriegsbeschädigtenorganisation tätig sein werden. Etwas lebhafter wurde es bei

der Beschlußfassung über die Fertigstellung des Freibades in Oberschöneweide. Das Bezirksamt schlug vor, den Magistrat zu ersuchen, die im Etat gestrichenen 15 000 Mark, zur Errichtung eines Sprungturmes erneut zu bewilligen. Alle Bürgerlichen, einschließlich der S. P. D., waren dagegen. Unsere Vertreter wiesen mit Recht darauf hin, daß der Sprungturm und Steg nicht nur zur Erteilung von Schwimmunterricht benötigt werde, sondern auch eine Anziehungskraft ausübe für die Sportler und Sportverbände, und somit eine erhöhte Einnahme ermögliche. Der Antrag wurde gegen Unabhängige und Kommunisten abgelehnt. Eine Petition der Mieterverbände auf Beibehaltung der „Brisellen“ Wohnungskommissionen entfiel eine lange und lebhaft Debatte. Die Eingabe wurde als Material an die Baudeputation verwiesen. Ein frohles Bild wurde aus einem Bericht des Johannisthaler Elternrates über die dortigen Schulverhältnisse entrollt. Man glaubte, Johannisthal liegt in Hinterbümmern. Der frühere Gemeindevorstand hat eben alles verpöblert. Der deputationale frühere Gemeindevorsteher und jetzige Bezirksverordnete Lehrer Dreibrödt aus Johannisthal erregte mit seinem Gestammel von der guten, alten Zeit teils kümmerliche Heiterkeit, teils lebhaftes Entrüstung. Er wurde von sozialistischer Seite heftig gestempelt. Ein Antrag, die Baudeputation soll sofort eine Kommission zur Untersuchung und Abhilfe entsenden, fand dann einstimmige Annahme.

Schöneberg-Friedenau. Die Ferienkolonie beginnt Mittwoch, den 13. Juli. Meldungen für die Ferienkolonie müssen bis spätestens Sonntag bei der Geschäftsleitung abgegeben sein. Spätere Meldungen können in den ersten Tagen der Ferienkolonie nicht berücksichtigt werden. Die Gruppenleiter und Abteilungsleiter, die Meldungen in Händen haben, müssen diese ebenfalls bis spätestens Sonnabend bei der Geschäftsleitung abgegeben haben. — Die Bezirksführer müssen unbedingt die Sammelblätter beim Genossen Dörwald abholen.

Der Prozeß gegen Assessor Böhmer

Unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Gertel begann gestern vor dem Schwurgericht I ein umfangreicher Prozeß, bei dem es sich um große Betrügereien mit gefälschten Ein- und Ausfuhrscheinen handelt. Wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges mußten sich verantworten der Kaufmann Erich Stiller, Kaufmann Otto Kruse, Gerichtsassessor a. D. Henning Böhmer und Kaufmann Richard Hähn.

In der Potsdamer Straße befindet sich die Niederdeutsche Handels-Gesellschaft, die Unternehmungen aller Art betreibt. Der eigentliche Leiter der Gesellschaft war der Angeklagte Assessor Böhmer, Hähn war finanziell an der Gesellschaft interessiert. Böhmer stand in bestimmten Kreisen in dem Ruf, durch seine guten Beziehungen zu den maßgebenden Behörden Ein- und Ausfuhrscheine beschaffen zu können. In Wirklichkeit soll er über diese guten Beziehungen keineswegs verfügt haben. Eine Reihe von Interessenten des Ein- und Ausfuhrhandels wandte sich nun an die Niederdeutsche Handels-Gesellschaft um Erlaubnisscheine für den Außenhandel; sie erhielten die gewünschten Bewilligungen zwar alsbald zugestellt, jedoch sollen die Papiere gefälscht gewesen sein. Zur Anlage stehen vier Fälle.

Einer Schweizerischen Gemischen Fabrik sollen drei gefälschte Einfuhrscheine gegen Zahlung einer „Provision“ von 40 000 Mark besorgt worden sein. In einem anderen Falle erhielt Böhmer für die Beschaffung eines Einfuhrscheines für Bengin, das die Stadt Ebersfeld benötigte, eine Million ausgezahlt. Böhmer trat hierbei als vortragender Rat des Reichswirtschaftsamtes auf.

Als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Leopold Meyer, Knobel, Sad, Dr. Frey, Dr. Carl Löwenthal und Kluge. Für die Verhandlung sind mehrere Sitzungstage in Aussicht genommen.

Der Angeklagte Stiller gibt bei seiner Vernehmung an, daß er im Jahre 1919 verwundet worden sei und nach seiner Rückkehr im Jahre 1919 zunächst mit Brillanten gehandelt habe. Eines Tages sei er mit dem Angeklagten Kaufmann Kruse in einem Cafe bekannt geworden. Bei dieser Gelegenheit fragte Kruse ihn, ob er vielleicht Beziehungen zum Reichswirtschaftsamt hätte.

Polizeibeamte als Steuermarkensammler. Angeklagt wegen Herstellung bzw. Verbreitung gefälschter Steuermarken, Betruges, Amtsunterschlagung bzw. Beihilfe hierzu waren die Polizeiwachmeister Albert Putschkat, Paul Kees, Bruno Parschau und Fritz Draeger, ferner der Konstrukteur Fritz Gottlieb aus Spandau, der Schankwirt Carl Road, der Buchdruckermeister Fritz Strahlen-dorff und der Buchdrucker Bruno Gluck. — Wie die Verhandlung ergab, hatte Putschkat der ihm unterstellten Polizeikasse 40 000 Mark unterschlagen und war auf den Gedanken

hätte! Er war hartnäckig, er war abscheulich, er war ganz wie Alwine! Man mußte ja Mitleid mit dem Vater haben! Er war ganz und gar auf seines Vaters Seite, und die Härte des alten Pfarrers empörte ihn. Er steckte die beiden Briefe zu sich, und ein Hochgefühl überkam ihn, daß er sich förmlich streckte, als er die Stiege hinunterging und bei sich sagte: „Wartet nur, bis ich groß bin, wir kriegen ihn wieder, ich will dafür sorgen!“

Jetzt war er ein anderer geworden, alle sollten noch ihre blauen Wunder an ihm erleben! Jetzt wollte er, und es wurde gewiß etwas Großes, wenn er ernstlich wollte!

Doch vergaß er seine großartigen Entschlüsse und seine Gehobenhheit ganz, als er wieder auf das kleine Paket stieß, das ihm Heinrich für Gretchen hinterlassen hatte.

Er war doch gar nicht verpflichtet, es hinzutragen, ganz gewiß nicht! Er konnte es tun, ja, — und mit einem heroischen Entschluß steckte er es in die Tasche. Sofort zog er es wieder heraus, tastete daran herum, befühlte den Umschlag: „Wui, welche Schand! Das tut kein anständiger Junge!“ Aber während er dies dachte, hatte er pfelend die Schnur gelöst, — das Herz klopfte ihm gewaltig — ein in Seidenpapier eingewickelter Gegenstand fiel heraus und blieb zugleich mit einem Briefchen in seiner Hand. Die Verfassung war zu groß, Peter öffnete den Umschlag. Der Brief enthielt nur ein paar Worte:

„Eine kleine Erinnerung an den letzten Sonntag in Klautern. Es ist das kleine Goldherz, das Du Dir so sehr gewünscht hast. Vergiß mich nicht! Ich denke immer an Dich! Dein Heinrich.“

Peter warf den Brief fort. Er schämte sich in Grund und Boden hinein und wußte doch gewiß, er hätte es gerade so gemacht, wenn er es noch einmal zu tun hätte!

Das brannte ja wie Feuer, ob man das Ding in der Schublade hatte, in der Tasche, oder in der Hand hielt! Wie kam denn Heinrich auf einmal dazu, Gretchen Geschenke zu machen? Früher konnte ihn Gretchen gar nicht leiden. Er war nur der Geduldete dort; sie lachte über ihn, hänselte ihn, denn nie wollte er mittun, weil alle wilde Lust und Kaserei ihm zuwider war.

Daneben er! Oh! Peter fühlte sich ganz als der, zu dem Gretchen gehörte. Warum aber traf sie ihn nun heimlich in Klautern? Wie kam es, daß er ihr ein Goldherz schenkte, das sie sich gewünscht? Sein Gesicht flammte. Ach! Er hätte es ihr auch gegeben — alles, was sie ver-

langte. — Und er würde ihr auch jetzt etwas geben, ganz gewiß.

So stand er am Abend vor seiner Kommode und rih alles lunterdunt heraus, kleine Muscheln, bunte Steine, seine Marken Sammlung, ein feines Notizbuch, das er zu Weihnachten bekommen, seine Bücher, das war alles nichts für ein Mädchen. Zuletzt fiel ihm ein Messer in die Hand, ein Perlmuttermesser war's, und sein ganzes Herz hing daran, weil seine Mutter es ihm geschenkt hatte! Nein, das konnte er nicht weggeben, er hatte es viel zu lieb! Aber es fand sich nichts anderes, und wenn Heinrich ein Goldherz schenkte, mußte er das schenken, was ihm am liebsten war; das Goldherz war teuer, aber das Messer war weit mehr wert, weil er es liebte. Mit schwerem Herzen legte er sich zu Bett, und der erste Gedanke am Morgen war das schöne Perlmuttermesserchen.

Ah, es war wirklich nicht leicht, sich von ihm zu trennen, besser, er steckte es gleich, fest eingewickelt, in die Tasche und zog es nicht mehr heraus, bis er in Haseberg war. —

Wie frisch der Morgen glänzte! Der gestrige Regen lag wie Tau auf dem Gras, Nebel zogen am Wald hin, aber drüber schien die Sonne, und die Vögel sangen, als hätten sie wochenlang schweigen müssen. Alwine und Helene waren zu Peters Verwunderung schon in aller Frühe im Garten. Alwine war eitel Tätigkeiter, schaute in jeden Winkel, beschlich sich jedes Gemüsebeet, während sich Helene nur mit den Blumen zu schaffen machte. Sie fragte ein helles, steifes Kleid, das bei jeder Bewegung förmlich knatterte, und hatte sich eine große Schleife ins Haar gesteckt.

Behutsam ging sie mit feinen Schühlein in den noch nassen Beeten umher, rih dunkle Stiefmütterchen ab und presste sie in ihren Gürtel; sie hielt die Nase mit Vorsicht in jeden Jasminbusch, um ja nicht nach zu werden, während Alwine mit derben Schuhen über die Buchs-Einfassungen stieg und jätete, den grauen Rod ausgehäutet, rot und heiß vom Arbeiten.

Peter sah ihnen verwundert zu. Was hatte denn Helene in aller Frühe im Garten zu tun? Gewöhnlich lag sie doch lange in den Federn!

„Frühaufrühen ist eine plebejische Gewohnheit“, äußerte sie, „einen feineren Menschen macht das kaputt für den ganzen Tag, ich wenigstens werde einfach stupid, wenn ich früh geweckt werde.“

(Fortsetzung folgt)

